

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 23 | 11.06.2021

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neuerscheinung

Max Hofmann

Volksgesetzgebung

Die Monografie analysiert die direkte Demokratie als „Volksgesetzgebung“ und ihre Beziehungen zum Repräsentativsystem.

ISBN 978-3-902883-46-9, 1. Auflage, XVII und 157 Seiten, Harteinband, 40 EUR // Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 101/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Heizkostenabrechnungsgesetz** geändert wird (Anpassungen an den seit der Stammfassung eingetretenen technischen Fortschritt; Berücksichtigung von Erfahrungen der Praxis; Steigerung des Anteils der Abrechnung der Energiekosten nach Verbrauch)

[BGBl I 102/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über besondere Förderungen von kleinen und mittleren Unternehmen (**KMU-Förderungsgesetz**) geändert wird (Ermächtigung des BM für Finanzen zur Übernahme von Haftungen zugunsten von Veranstaltungen und Kongressen in der Absicht die durch die COVID-19-Krisensituation zu Erliegen gekommene Tourismus- und Freizeitwirtschaft sowie das kulturelle Angebot zu beleben)

[BGBl I 103/2021](#)

Bundesgesetz über den Verkehr mit Düngemitteln und sonstigen Düngeprodukten (**Düngemittelgesetz 2021 – DMG 2021**) (Sicherstellung eines funktionierenden Markts mit Düngeprodukten; Forcierung von Gemeinwohlzielen, die auf den Schutz von Mensch und Tier sowie des Bodens und der Umwelt abstellen; Normierung von systematisch erforderlichen Anpassungen des bisherigen Düngemittelrechts an Vorgaben des EU-Rechts)

[BGBl I 104/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Pflanzenschutzmittelgesetz 2011** geändert wird (Einschränkung des Inverkehrbringens von Pflanzenschutzmitteln mit dem Wirkstoff Glyphosat)

[BGBl II 249/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die **Verordnung gemäß § 3b Abs. 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen zur Deckung von Fixkosten durch die COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (COFAG)** geändert wird

[BGBl II 252/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung gemäß § 3b Abs. 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend Richtlinien über die Gewährung eines Verlustersatzes durch die COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (COFAG) (**VO über die Gewährung eines Verlustersatzes**) geändert wird

[BGBl II 253/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung gemäß § 3b Abs. 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend Richtlinien über die Gewährung eines begrenzten Fixkostenzuschusses bis EUR 800.000 durch die COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (COFAG) (**VO über die Gewährung eines FKZ 800.000**) geändert wird

[BGBl II 254/2021](#)

Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichtshofes 2021

[BGBl II 256/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (**5. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung**)

[BGBl II 257/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **COVID-19-Einreiseverordnung** geändert wird

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 202 v 08.06.2021, 1](#)

Verordnung (EU) 2021/887 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2021 zur Einrichtung des Europäischen **Kompetenzzentrums für Industrie, Technologie und Forschung** im Bereich der **Cybersicherheit** und des Netzwerks nationaler Koordinierungszentren

[ABl L 204 v 10.06.2021, 16](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2021/933 der Kommission vom 9. Juni 2021 zur Abweichung von der Durchführungsverordnung (EU) 2017/39 in Bezug auf bestimmte Maßnahmen zur Bewältigung der durch die COVID-19-Pandemie verursachten Krise

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

22.04.2021, [Ra 2021/09/0005](#)

EpidemieG; Regelungen der örtlichen Zuständigkeit nach § 3 AVG lediglich subsidiär; gem § 33 EpidemieG ist zur Prüfung behaupteter Ansprüche auf Vergütung eines Verdienstentgangs jene Bezirksverwaltungsbehörde **örtlich zuständig**, in deren Bereich diese Maßnahmen getroffen wurden; darunter ist der örtliche Wirkungsbereich, in dem die betreffenden Maßnahmen durchgeführt wurden oder ihre Wirkung entfalteten, zu verstehen; die EinstellungsVO und die ReisebeschränkungsVO wurden gestützt auf § 25 EpidemieG erlassen; aufgrund des eindeutigen Wortlauts des § 32 Abs 1 Z 5 EpidemieG besteht ein Anspruch auf **Vergütung des Verdienstentgangs** nur bei einer Betriebsschließung oder -beschränkung nach § 20 EpidemieG (mittels Bescheids), jedoch nicht bei Maßnahmen nach § 25 leg cit

12.05.2021, [Ra 2021/03/0010](#)

WaffenG; „Beweislast“ bezüglich des Wegfalls der Gründe für die Erlassung eines Waffenverbots wird nicht ausschließlich auf den Betroffenen verlagert; bei Vorliegen entsprechender Anhaltspunkte für die **Aufhebung eines Waffenverbots** ist Behörde bzw VwG verpflichtet, den maßgeblichen Sachverhalt zu ermitteln; dies gilt auch dann, wenn das Verfahren nach § 12 Abs 7 WaffenG auf Antrag des Betroffenen eingeleitet wurde; aufgrund der vom Rw unterbreiteten medizinischen Unterlagen, welche eine Besserung seines Gesundheitszustands indizieren, wäre die Einholung eines Sachverständigengutachtens notwendig gewesen, um die Frage des Wegfalls der für die Verhängung des Waffenverbots maßgebenden medizinischen Gründe hinreichend beurteilen zu können

14.05.2021, [Ra 2020/05/0059](#)

Oö ROG; gem § 21 Abs 5 Z 1 Oö ROG dürfen im Bauland Betriebe nicht errichtet werden, die dazu dienen, **landwirtschaftliche Nutztiere** bodenunabhängig (nicht zum überwiegenden Teil auf eigener Futtergrundlage aufbauend) zu halten; das VwG hat die notwendigen Feststellungen, die auf das Vorliegen eines solchen Betriebs hindeuten bzw das Vorliegen eines solchen Betriebs jedenfalls ausschließen, zu treffen; läge nämlich ein Betriebe nach § 21 Abs 5 Z 1 Oö ROG vor, wäre er im Bauland unzulässig; die nicht weiter ausgeführte Begründung des VwG, die Widmung „M-gemischtes Baugebiet“ vermöge in Bezug auf die Haltung von Hühnern keine **Widmungswidrigkeit** zu begründen, greift daher zu kurz

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 29.04.2021, [LVwG-153007](#)

Oö BauO; wie die belangte Behörde in ihrem angefochtenen Bescheid richtig ausführt, sieht § 15 Abs 6 Oö BauO lediglich für – nach Beendigung und soweit als möglicher Wiederherstellung des früheren Zustands – verbleibende Vermögensschäden eine **angemessene Entschädigung** vor; diese Entschädigung ist über Antrag des Geschädigten mit Bescheid festzusetzen; im Beschwerdefall liegt dieser Zeitpunkt der Beendigung der Inanspruchnahme jedoch noch in der Zukunft; § 15 Abs 6 letzter Satz leg cit legt fest, dass der Antrag auf Festsetzung der Entschädigung bei sonstigem Verlust des Anspruchs innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Beendigung der Inanspruchnahme bei der Baubehörde einzubringen ist; da im ggst Fall die Inanspruchnahme noch andauert, ein Antrag auf Festsetzung der Entschädigung jedoch erst nach Beendigung der Inanspruchnahme eingebracht werden kann, ist der Antrag als unzulässig zurückzuweisen

LVwG Wien 15.03.2021, [VGW-111/024/5550/2020](#)

Wr BauO; ein ermittelter Wert der abzutretenden Fläche zum Zeitpunkt vor Festsetzung der Baulinie ist zur Ermittlung der Höhe der **Ersatzleistung** nach § 50 Wr BauO zu valorisieren; dabei ist nach den Grundsätzen vorzugehen, die der VwGH für Rückübereignungen in Form einer Geldleistung nach § 58 Abs 2 lit d leg cit anwendet

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[10.06.2021, Rs C-279/19, Commissioners for Her Majesty's Revenue and Customs \(Agent innocent\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Allgemeines Verbrauchsteuersystem – Richtlinie 2008/118/EG – Art 33 Abs 3 – Waren, die in einem Mitgliedstaat ‚in den steuerrechtlich freien Verkehr überführt worden sind‘ und zu gewerblichen Zwecken in einem anderen Mitgliedstaat in Besitz gehalten werden – **Steuerschuldner der für diese Waren zu entrichtenden Verbrauchsteuer** – Person, in deren Besitz sich die zur Lieferung in einen anderen Mitgliedstaat vorgesehenen Waren befinden – Beförderer der Waren

[10.06.2021, Rs C-591/19 P, Kommission/ De Esteban Alonso](#)

Rechtsmittel – Öffentlicher Dienst – **Interne Untersuchung des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF)** – Übermittlung von Informationen durch das OLAF an nationale Justizbehörden – Strafanzeige durch die Europäische Kommission – Begriffe ‚mit Namen genannter‘ und ‚persönlich implizierter‘ Beamter – Fehlende Unterrichtung des Betroffenen – Recht der Kommission, vor Abschluss der Untersuchung des OLAF eine Strafanzeige bei den nationalen Justizbehörden zu erstatten – Schadensersatzklage

[10.06.2021, Rs C-609/19, BNP Paribas Personal Finance](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 93/13/EWG – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – **Hypothekendarlehensvertrag, der auf eine Fremdwährung (Schweizer Franken) lautet** – Art 4 Abs 2 – Hauptgegenstand des Vertrags – Klauseln, die den Darlehensnehmer einem Wechselkursrisiko aussetzen – Gebote der Verständlichkeit und der Transparenz – Art 3 Abs 1 – Erhebliches Missverhältnis – Art 5 – Klare und verständliche Abfassung einer Vertragsklausel

[10.06.2021, Rs C- 776/19, BNP Paribas Personal Finance](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 93/13/EWG – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – **Hypothekendarlehensverträge, die auf eine Fremdwährung (Schweizer Franken) lauten** – Verjährung – Art 4 Abs 2 – Hauptgegenstand des Vertrags – Klauseln, die den Darlehensnehmer einem Wechselkursrisiko aussetzen – Gebote der Verständlichkeit und der Transparenz – Beweislast – Art 3 Abs 1 – Erhebliches Missverhältnis – Art 5 – Klare und verständliche Abfassung einer Vertragsklausel – Effektivitätsgrundsatz

[10.06.2021, C- 901/19, Bundesrepublik Deutschland \(Notion de “menaces graves et individuelles”\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsame Politik im Bereich Asyl und subsidiärer Schutz** – Richtlinie 2011/95/EU – Voraussetzungen für die Gewährung von subsidiärem Schutz – Art 15 Buchst c – Begriff ‚ernsthafte individuelle Bedrohung‘ des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts – Nationale Regelung, die die Anforderung einer Mindestzahl ziviler Opfer (Tote und Verletzte) in der betroffenen Region vorsieht

[10.06.2021, Rs C-921/19, Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid \(Éléments ou faits nouveaux\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung – Asylpolitik – **Gemeinsame Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes** – Richtlinie 2013/32/EU – Art 40 Abs 2 – Folgeantrag – Neue Elemente oder Erkenntnisse – Begriff – **Dokumente, deren Echtheit nicht feststellbar ist oder deren Quelle nicht objektiv überprüfbar ist** – Richtlinie 2011/95/EU – Art 4 Abs 1 und 2 – Beweiswürdigung – Kooperationspflicht des betreffenden Mitgliedstaats

[10.06.2021, Rs C-923/19, Van Ameyde España](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung – Richtlinie 2009/103/EG – Art 1 Nrn 1 und 2 – Art 3 Abs 1, 2 und 4 – Begriff ‚Fahrzeug‘ – Pflicht zur Deckung von Sachschäden – Tragweite – **Verkehrsunfall, an dem ein Sattelkraftfahrzeug beteiligt ist, dessen Bestandteile bei unterschiedlichen Pflichtversicherungen versichert sind** – Schäden, die eine Sattelzugmaschine an einem Sattelanhänger, der bei dem Unfall an diese angekoppelt war, verursacht hat – Auslegung der nationalen Regelung, die ausschließt, dass die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung der Sattelzugmaschine diese Schäden deckt

[10.06.2021, Rs C-65/20, KRONE – Verlag](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – **Haftung für fehlerhafte Produkte** – Richtlinie 85/374/EWG – Art 2 – Begriff ‚fehlerhaftes Produkt‘ – Exemplar einer gedruckten Zeitung mit einem unrichtigen Gesundheitstipp – Ausnahme vom Anwendungsbereich

[10.06.2021, Rs C-94/20, Land Oberösterreich \(Aide au logement\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2003/109/EG – Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen – Art 11 – **Recht auf Gleichbehandlung in Bezug auf soziale Sicherheit, Sozialhilfe und Sozialschutz** – Abweichung vom Grundsatz der Gleichbehandlung im Bereich der Sozialhilfe und des Sozialschutzes – Begriff ‚Kernleistungen‘ – Richtlinie 2000/43/EG – Grundsatz der Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft – Art 2 – Begriff ‚Diskriminierung‘ – Art 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Regelung eines Mitgliedstaats, nach der die Gewährung einer Wohnbeihilfe an langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige daran geknüpft ist, dass diese auf eine durch diese Regelung bestimmte Weise den Nachweis erbringen, dass sie über grundlegende Kenntnisse der Sprache dieses Mitgliedstaats verfügen

[10.06.2021, Rs C-192/20, Prima banka Slovensko](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 93/13/EWG – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – Geltungsbereich – Art 1 Abs. 2 – **Nationale bindende Rechtsvorschriften** – Vorzeitige Fälligkeitstellung des Darlehensvertrags – Kumulierung von Darlehenszinsen und Verzugszinsen

[10.06.2021, Rs C-303/20, Ultimo Portfolio Investment \(Luxemburg\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucher kreditverträge – Richtlinie 2008/48/EG – Gefahr der Überschuldung – Art 8 – **Verpflichtung des Kreditgebers zur Prüfung der Kreditwürdigkeit des Verbrauchers** – Art 23 – Wirksamkeit, Verhältnismäßigkeit und abschreckender Charakter der Sanktion bei Verstoß gegen diese Verpflichtung

B. SCHLUSSANTRÄGE

[10.06.2021, Rs C-71/20, VAS Shipping \(GA HOGAN\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art. 49 und 54 AEUV – Niederlassungsfreiheit – Verpflichtung nach nationalem Recht, für Besatzungsmitglieder aus Drittstaaten auf einem Schiff, das unter der Flagge des Mitgliedstaats fährt, eine Arbeitserlaubnis einzuholen – Ausnahme für Schiffe im internationalen Verkehr, die höchstens 25-mal innerhalb eines Zeitraums von einem Jahr Häfen des Mitgliedstaats anlaufen – Schiff im Eigentum eines Staatsangehörigen eines anderen Mitgliedstaats – Nicht diskriminierend – Begriff ‚Beschränkung‘ – Zwingende Gründe des Allgemeininteresses – Stabilität des Arbeitsmarkts – Verhältnismäßigkeit

[10.06.2021, Rs C-177/19 P, Allemagne - Ville de Paris u.a./ Kommission \(GA BOBEK\)](#)

Rechtsmittel – Umwelt – Verordnung (EU) 2016/646 – Schadstoffemissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 6) – Befugnisse einer kommunalen Umweltschutzbehörde zur Beschränkung des Verkehrs bestimmter Fahrzeuge – Klagebefugnis kommunaler Gebietskörperschaften – **Unmittelbare Betroffenheit** – Rechtsakt mit Verordnungskarakter, der keine Durchführungsmaßnahmen nach sich zieht – **Durchführungsbefugnisse der Kommission** – Festsetzung verbindlicher Grenzwerte (NTE-Werte) für Stickstoffoxidemissionen bei den Prüfungen im praktischen Fahrbetrieb (RDE) – Anwendung von Übereinstimmungsfaktoren CF pollutant – Teilweise Nichtigerklärung – Zeitliche Abstufung der Wirkungen einer Nichtigerklärung

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

10.06.2021, Beschwerde Nr [2833/13](#), *Bajić / Nordmazedonien*

Verletzung von Art 6 Abs EMRK (Recht auf ein faires Verfahren), Versäumnis der Mitteilung der Stellungnahme der Staatsanwaltschaft vor dem Obersten Gerichtshof unvereinbar mit dem kontradiktorischen Verfahren und dem Gebot der Waffengleichheit, ausreichende Begründung der Urteile, keine Verletzung des Selbstbelastungsprivilegs des Bf

10.06.2021, Beschwerde Nr [45487/17](#), *Norwegian Confederation of Trade Unions (LO) und Norwegian Transport Workers' Union (NTF) / Norwegen*

Keine Verletzung von Art 11 EMRK (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit), Weigerung des Obersten Gerichtshofes, einen vom Bf organisierten Boykott zu genehmigen; keine Verletzung da innerhalb des weiten Ermessensspielraums und hinreichende Begründung. EWR-Niederlassungsfreiheit als wichtiges Element, das bei der Beurteilung der Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen ist

VI. COVID-19-MASSNAHMENGESETZE UND -VERORDNUNGEN

A. COVID-19-MaßnahmenG

Titel	in Kraft ab	außer Kraft mit Ablauf des
COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	31.12.2020
2. COVID-19-Gesetz, BGBl I 16/2020 : in Art 26 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz BGBl I 12/2020, ausgegeben am 21.03.2020 (Fügt §4 Abs.2 zu COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 hinzu, der rückwirkend mit 16.03.2020 in Kraft tritt)	22.03.2020	<i>unverändert</i>
3. COVID-19-Gesetz, BGBl I 23/2020 : in Art 50 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz (BGBl I 12/2020, zuletzt geändert durch BGBl I 16/2020), ausgegeben am 04.04.2020	05.04.2020	<i>unverändert</i>
104. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950, das Tuberkulosegesetz und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 104/2020 , ausgegeben am 25.09.2020	26.09.2020	30.06.2021 (§2a tritt mit 26.09.2020 außer Kraft)
Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) geändert wird, BGBl I 138/2020 , ausgegeben am 22.12.2020	23.12.2020	<i>unverändert</i>
23. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 23/2021 , ausgegeben am 20.01.2021	21.01.2021	<i>unverändert</i>
33. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 33/2021 , ausgegeben am 26.02.2021	27.02.2021	<i>unverändert</i>
82. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 82/2021 , ausgegeben am 14.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
90. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 90/2021 , ausgegeben am 27.05.2021	28.05.2021	<i>unverändert</i>
100. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 100/2021 , ausgegeben am 28.05.2021	29.05.2021	<i>unverändert</i>

B. VO betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19

96. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl II 96/2020 , ausgegeben am 15.03.2020 VfGH: BGBl II 184/2021 : VfGH Teile von §1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 23.04.2021	§§ 1 und 2 ab 16.03.2020 § 3 ab 17.03.2020	22.3.2020
110. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 110/2020 , ausgegeben am 20.03.2020	21.03.2020	13.04.2020
112. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, geändert wird, BGBl II 112/2020 , ausgegeben am 22.03.2020	23.03.2020	13.04.2020
130. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 130/2020 , ausgegeben am 02.04.2020 VfGH: BGBl II 486/2020 : VfGH §3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	03.04.2020 §4 mit 04.04.2020	§§1-3 13.04.2020 §4 24.04.2020
151. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 151/2020 , ausgegeben am 09.04.2020 VfGH: BGBl II 340/2020 : VfGH Teile von § 2 Abs 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 29.07.2020 BGBl. II Nr. 487/2020 : VfGH das Wort „angeschlossene“ in § 2 Abs 1 Z 12 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	14.04.2020	§§1-3 mit Ablauf des 30.04.2020 §4 mit Ablauf des 30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBl II 162/2020 , ausgegeben am 18.04.2020	19.04.2020 § 2 Z 24 ab 20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO, BGBl II 197/2020 , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft getreten		30.04.2020

C. VO gem § 2 Z 1 des COVID-19-MaßnahmenG

98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl II 98/2020 , ausgegeben am 15.03.2020 VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat § 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	16.03.2020	22.03.2020
107. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 107/2020 , ausgegeben am 19.03.2020	20.03.2020	<i>unverändert</i>

VfGH: BGBI II 351/2020 : VfGH hat §§ 4 und 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020		
108. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBI II 108/2020 , ausgegeben am 19.03.2020 (lt BGBI) (lt RIS Eintrag kundgemacht am 20.03.2020) VfGH: BGBI II 351/2020 : VfGH hat § 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	13.04.2020
148. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBI II 148/2020 , ausgegeben am 09.04.2020	14.04.2020	30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBI II 162/2020 , ausgegeben am 18.04.2020	20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO BGBI II 197/2020 , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft		30.04.2020

D. VO über die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe

97. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe festgelegt werden, BGBI II 97/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	16.03.2020
--	------------	------------

E. VO über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem EpidemieG 1950

und dem COVID-19-MaßnahmenG

152. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBI II 152/2020 , ausgegeben am 10.04.2020	11.04.2020	Keine Angabe
427. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBI II 427/2020 , ausgegeben am 02.10.2020	03.10.2020	<i>unverändert</i>
30. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBI II 30/2021 , ausgegeben am 22.01.2021	25.01.2021	<i>unverändert</i>
60. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBI II 60/2021 , ausgegeben am 22.01.2021 (Datum später berichtigt) → BGBI II 95/2021 berichtigt BGBI II 60/2021 : statt ausgegeben am 22.01.2021 lautet es richtig „ausgegeben am 05.02.2021“	08.02.2021	<i>unverändert</i>

F. COVID-19-LockerungsVO (COVID-19-LV) und COVID-19-MaßnahmenVO (COVID-19-MV)

COVID-19-SchutzmaßnahmenVO (COVID-19-SchuMaV)

COVID-19-NotmaßnahmenVO (COVID-19-NotMV)

COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV		
<p>197. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen wurden (COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV), BGBl II 197/2020, ausgegeben am 30.04.2020</p> <p>Außerdem lässt diese VO mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft treten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl II 96/2020 • Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl II 98/2020 <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 484/2020: VfGH § 10 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p>BGBl II 488/2020: VfGH § 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p>BGBl II 492/2020: VfGH Wortfolge in § 1 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 20.11.2020</p>	01.05.2020	30.06.2020
<p>207. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird, BGBl II 207/2020, ausgegeben am 13.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 485/2020: VfGH § 6 Abs 1 und 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020, Aufhebung mit Ablauf des 31.12.2020 in Kraft</p>	15.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>231. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (2. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 231/2020, ausgegeben am 27.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 485/2020: VfGH § 6 Abs 5 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p>	29.05.2020	31.08.2020 § 9 (2) entfällt mit Ablauf 30.06.2020
<p>239. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (3. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 239/2020, ausgegeben am 28.05.2020</p>	29.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>246. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (4. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 246/2020, ausgegeben am 29.05.2020</p>	30.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>266. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (5. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 266/2020, ausgegeben am 13.06.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 146/2021: VfGH §4 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021</p>	15.06.2020	<i>unverändert</i>

287. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (6. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 287/2020 , ausgegeben am 29.06.2020	01.07.2020	31.12.2020
299. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (7. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 299/2020 , ausgegeben am 02.07.2020	03.07.2020	<i>unverändert</i>
332. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (8. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 332/2020 , ausgegeben am 22.07.2020	24.07.2020	<i>unverändert</i>
342. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (9. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 342/2020 , ausgegeben am 29.07.2020 VfGH: BGBl II 146/2021 : VfGH §4 Abs. 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021	30.07.2020	<i>unverändert</i>
398. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (10. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 398/2020 , ausgegeben am 12.09.2020	14.09.2020	<i>unverändert</i>
407. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (11. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 407/2020 , ausgegeben am 18.09.2020 <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV)</i>	21.09.2020	§ 11 Abs 9 tritt mit 21.09.2020 außer Kraft
Neuer Titel: COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV		
412. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (1. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 412/2020 , ausgegeben am 24.09.2020	25.09.2020	„§ 10c samt Überschrift und die Anlage treten drei Tage nach Inkrafttreten der nächsten Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz außer Kraft“
446. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (2. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 446/2020 , ausgegeben am 15.10.2020 <i>Anmerkung: § 10c gelangt nur für Gelegenheitsmärkte zur Anwendung, die nach dem 13. November 2020 stattfinden</i>	16.10.2020 § 10c 14.11.2020	§ 10b (4) mit 16.10. außer Kraft
455. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (3. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 455/2020 , ausgegeben am 22.10.2020 <i>Anmerkung: § 1 samt Überschrift, § 1a, § 2 Abs 5, § 4 Abs 2 und 3, § 6 Abs 1a, 1b, 2, 2a, 3a, 5a, 5b, 7 und 8, § 8 Abs 1, 1a und 2, § 9 Abs 1 und 3 samt Überschrift, § 9a, § 10 Abs 2, 2a, 3, 7, 8 und 10a, § 10a Abs 2, § 10b Abs 2, § 10d Abs 1, § 11, § 11a samt Überschrift und § 11b idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 24. Oktober 2020 in Kraft. § 6 Abs 1a, 1b, 3b, § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5, idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 22. November 2020 außer Kraft.</i>	25.10.2020 §§ 6 (1c), 9 (2), 10 (5) (10) ab 01.11.2020	§§ 6 (1a) (1b) (3b), 10 (1) S 1, 10 (5) mit Ablauf 22.11.2020 außer Kraft

<p>Mit 23. November 2020 treten § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5 idF der VO BGBl II 446/2020 wieder in Kraft. § 6 Abs 1c, § 9 Abs 2 sowie § 10 Abs 5 und 10 idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 31. Oktober 2020 in Kraft.</p>	§§ 10 (2) S 1, 10 (5) idF 446/2020 ab 23.11.2020	
<p>456. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (4. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 456/2020, ausgegeben am 22.10.2020</p> <p>Anmerkung: Laut COVID-19-SchuMaV tritt diese VO ab 03.11.2020 außer Kraft und sollte bei außer Kraft treten der COVID-19-SchuMaV wieder in Kraft treten idF vom 07.11.2020. ABER: Laut COVID-19-NotMV tritt die COVID-19-SchuMaV zwar mit 17.11.2020 außer Kraft, diese VO (COVID-19-MV) tritt aber nicht wieder in Kraft.</p>	07.11.2020	Tritt laut Covid-19-SchuMaV bereits ab 03.11.2020 außer Kraft.
<p>COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV</p>		
<p>463. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV), BGBl II 463/2020, ausgegeben am 01.11.2020</p> <p>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, außer Kraft. Sie tritt mit dem Außerkrafttreten dieser VO wieder in Kraft und zwar in jener Fassung, die sie, wäre sie nicht außer Kraft getreten, mit 7. November 2020 auf Grund ihrer letzten Änderung durch die VO BGBl II 456/2020 erlangt hätte.</p>	03.11.2020	30.11.2020 § 2 12.11.2020 Schon mit Ablauf 16.11.2020 außer Kraft (lt. NotMV 479/2020)
<p>472. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird, BGBl II 472/2020, ausgegeben am 10.11.2020</p>	11.11.2020	
<p>476. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird (2. COVID-19-SchuMaV-Novelle), BGBl II 476/2020, ausgegeben am 11.11.2020</p>	13.11.2020	§2 22.11.2020
<p>544. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 544/2020, ausgegeben am 04.12.2020</p>	07.12.2020	23.12.2020 § 2 16.12.2020 16.12.2020 (lt 566/2020)
<p>566. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 566/2020, ausgegeben am 16.12.2020</p> <p>Anmerkung: Gleichzeitig tritt die 2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 544/2020, außer Kraft.</p> <p>Bis zum <u>18. Dezember 2020</u> gilt, dass der Betreiber seiner Verpflichtung gem § 10 Abs 4 nachkommt, wenn die Mitarbeiter durchgehend eine den Mund- und Nasenbereich abdeckende und eng anliegende mechanische Schutzvorrichtung tragen und für diese zweimal pro Woche ein Antigen-Test auf SARS-CoV-2 oder ein molekularbiologischer Test auf SARS-CoV-2 durchgeführt wird und dessen Ergebnis negativ ist. Im Fall eines positiven Testergebnisses kann das Einlassen abweichend davon dennoch erfolgen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. jedenfalls mindestens 48 Stunden Symptomfreiheit nach abgelaufener Infektion vorliegt und 2. auf Grund der medizinischen Laborbefunde, insbesondere aufgrund des CT-Werts >30, davon ausgegangen werden kann, dass keine Ansteckungsgefahr mehr besteht. 	17.12.2020 §§ 4 (4), 5 (6) Z 5, 12 (2) mit 24.12.2020	26.12.2020 § 4 (3) Z 3 mit 24.12.2020 außer Kraft

<p><u>Am 24. und 25. Dezember 2020 gilt:</u></p> <p>1. § 2 und § 13 Abs 3 Z 11 gelangen nicht zur Anwendung.</p> <p>2. Abweichend von § 13 Abs 3 Z 10 sind Zusammenkünfte von nicht mehr als zehn Personen zulässig, wobei diese aus höchstens zehn verschiedenen Haushalten stammen dürfen. Für solche Zusammenkünfte gelangt § 13 Abs 4 nicht zur Anwendung.</p>		
<p>598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020, ausgegeben am 22.12.2020</p>	<p>23.12.2020</p> <p>§ 4 (3) Z 1 und Z 2 ab 24.12.2020</p>	<p>25.12.2020</p>
<p>58. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 58/2021, ausgegeben am 05.02.2021</p>	<p>08.02.2021</p>	<p>17.02.2021</p>
<p>76. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 76/2021, ausgegeben am 17.02.2021</p>	<p>18.02.2021</p>	<p>27.02.2021</p>
<p>94. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 94/2021, ausgegeben am 25.02.2021</p>	<p>28.02.2021</p>	<p>09.03.2021</p>
<p>105. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (3. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 105/2021, ausgegeben am 08.03.2020</p>	<p>10.03.2021</p>	<p>14.03.2021</p>
<p>111. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (4. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 111/2021, ausgegeben am 12.03.2021</p>	<p>15.03.2021</p> <p>§ 6 (8) mit 01.04.2021</p>	<p>11.04.2021</p> <p>§ 2 mit Ablauf des 24.03.2021</p>
<p>120. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (5. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 120/2021, ausgegeben am 23.03.2021</p>	<p>25.03.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p> <p>§2 mit Ablauf des 03.04.2021</p>
<p>139. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (6. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II Nr. 139/2021, ausgegeben am 30.03.2021</p>	<p>01.04.2021</p>	<p>25.04.2021</p> <p>§2 mit Ablauf des 10.04.2021</p> <p>§25 mit Ablauf des 06.04.2021 (NÖ, Bgld.), 10.04.2021 (Wien)</p>
<p>147. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (7. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II Nr. 147/2021, ausgegeben am</p>	<p>07.04.2021</p>	<p>25.04.2021</p> <p>§2 mit Ablauf des</p>

06.04.2021		16.04.2021 §25 mit Ablauf des 10.04.2021
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (8. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 162/2021 , ausgegeben am 09.04.2021	11.04.2021	<i>Unverändert</i> §2 mit Ablauf des 20.04.2021 §25 mit Ablauf des 18.04.2021
171. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (9. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 171/2021 , ausgegeben am 16.04.2021	19.04.2021	02.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 25.04.2021
181. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (10. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 181/2021 , ausgegeben am 23.04.2021 Anmerkung: §2 tritt nun nicht mehr mit Ablauf des 28.04.2021 außer Kraft, sondern gemeinsam mit der restlichen VO mit Ablauf des 05.05.2021	26.04.2021	05.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 02.05.2021
206. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (11. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 206/2021 , ausgegeben am 04.05.2021	06.05.2021	18.05.2021 §2 mit Ablauf des 15.05.2021
221. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (12. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 221/2021 , ausgegeben am 14.05.2021	16.05.2021	<i>unverändert</i>
COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV		
479. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV), BGBl II 479/2020 , ausgegeben am 15.11.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser VO tritt die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 463/2020, außer Kraft. Die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, tritt nicht wieder in Kraft.</i>	17.11.2020	06.12.2020 § 1 und § 12 26.11.2020
528. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege, und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV geändert wird (1. COVID-19-NotMV-Novelle), BGBl II 528/2020 , ausgegeben am 25.11.2020	27.11.2020	§ 1 und § 12 6.12.2020

598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020 , ausgegeben am 22.12.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die 3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 566/2020, außer Kraft.</i>	26.12.2020	04.01.2021
2. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 2/2021 , ausgegeben am 04.01.2021	05.01.2021	14.01.2021
17. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 17/2021 , ausgegeben am 14.01.2021	15.01.2021	24.01.2021
27. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-NotMV), BGBl II 27/2021 , ausgegeben am 21.01.2021	25.01.2021	03.02.2021
49. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-NotMV), BGBl II 49/2021 , ausgegeben am 02.02.2021	04.02.2021	07.02.2021

G. COVID-19-ÖffnungsVO (COVID-19-ÖV)

Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (COVID-19-Öffnungsverordnung – COVID-19-ÖV), BGBl II 214/2021 , ausgegeben am 10.05.2021	19.05.2021	30.06.2021 §§ 13-16 mit Ablauf des 16.06.2021
Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (1. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 214/2021 , ausgegeben am 10.05.2021 <i>Anmerkung: Hier werden §8 Abs. 4 und §9 Abs. 5 geändert, diese treten mit Inkrafttreten jenes nachfolgenden Bundesgesetzes in Kraft, durch das § 1 Abs. 5 Z 6 des COVID-19-MG geändert wird (§ 13 Abs. 10 COVID-19-MG) -> mit Stand 20.05.2021 gibt es jedoch keine Z6 in §1 Abs. 5 des COVID-19-MG</i>	§8(4) und §9(5) nach Änderung von §1(5) Z6 COVID-19-MG in Kraft	<i>unverändert</i>
Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (2. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 223/2021 , ausgegeben am 18.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (3. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 242/2021 , ausgegeben am 01.06.2021	03.06.2021	<i>unverändert</i>
Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (4. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 247/2021 , ausgegeben am 02.06.2021	10.06.2021 §16a (5) u §17(1) bereits mit 03.06.2021	<i>unverändert</i>

Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (5. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 256/2021 , ausgegeben am 09.06.2021	10.06.2021	<i>unverändert</i>
---	------------	--------------------

H. COVID-19-VirusvariantenVO (COVID-19-VvV)

63. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zusätzliche Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 (Virusvariante B1.351) getroffen werden (COVID-19-Virusvariantenverordnung – COVID-19-VvV), BGBl II 63/2021 , ausgegeben am 10.02.2021	12.02.2021 (Tirol)	21.02.2021
85. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 85/2021 , ausgegeben am 19.02.2021	20.02.2021	03.03.2021
98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 98/2021 , ausgegeben am 03.03.2021	04.03.2021	10.03.2021

Eine Gesamtchronologie zum COVID-19-Maßnahmenrecht finden Sie [hier](#)

Hinweis: Die Zusammenstellung der COVID-19-Maßnahmengesetze und -verordnungen wird vom LVwG Niederösterreich zur Verfügung gestellt.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Mag. Daniela Ertl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Mag. Amira Hetaba, LL.M., Mag. Stefanie Klein Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschräger, Univ.-Ass. Mag. Philipp Wolfgang Stengg LL.M., Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell einschließlich der Zusammenstellung zum COVID-19-Maßnahmerecht trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.